

L1 Visionen wagen – mit R2G in Sachsen.

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	23.10.2016
Tagesordnungspunkt:	3. Leitanträge
Status:	Modifiziert

1 Warum sich etwas ändern muss!

2 In Deutschland im Jahr 2016 leben wir in einem oberflächlich betrachtet sehr
3 erfolgreichen Land. Deutschland exportiert mehr, als es importiert, es ist
4 gestärkt aus der Finanzkrise herausgegangen, der Finanzminister konnte sogar die
5 Schwarze Null durchsetzen und irgendwie hat Deutschland auch den Atomausstieg
6 eingeleitet.

7 Doch um zu begreifen, wie tief unsere Gesellschaft gespalten ist, muss mensch
8 gar nicht so tief nach Problemen forschen. Den Erfolg hat sich das Land auch
9 durch eine Steigerung der Leiharbeit im Land und niedrige Löhne erkaufte. Die
10 Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander und der
11 Bildungserfolg hängt zum erheblichen Teil vom Elternhaus der Kinder ab.
12 Wirkliche Inklusion ist nach wie vor ein Wunschtraum. Die Anerkennung
13 unterschiedlicher Lebensmodelle wird von der Union nach wie vor blockiert. In
14 Deutschland wird nach wie vor an der Braunkohleverstromung festgehalten und die
15 Energiewende blockiert. Aufgrund von grassierendem Rassismus bis tief in die
16 Mitte der Gesellschaft hinein, können Menschen, die bei uns Schutz suchen, sich
17 hier nicht überall sicher fühlen. Viele der Erneuerungen, die unser Leben besser
18 machen, können durch die Blockadehaltung der CDU nicht verwirklicht werden. Wir
19 sagen: Es ist Zeit endlich linke Utopien zu leben und die Weichen für eine
20 gerechte, ökologische und weltoffene Gesellschaft zu stellen. Das funktioniert
21 nur mit einem progressiven Bündnis aus SPD, GRÜNEN und der Partei DIE LINKE.

22 Was wir wollen!

23 Die ökologische Wende klar machen

24 Keep it in the ground – für eine dezentrale Energiewende
25 jetzt!

26 Sachsen ist eines der wenigen Bundesländer in Deutschland, in denen noch
27 Braunkohle abgebaut wird. Viele Dörfer sind den Baggern schon zum Opfer
28 gefallen, die Folgen des Abbaus sind in der durch Eisenoxid braun gefärbten
29 Spreedeutlich zu sehen. Der Versuch, die zerstörte Umgebung durch Renaturierung
30 und das Anlegen von künstlichen Seen wieder zu heilen, ist ein guter Anfang. Die
31 Zerstörung der Biotope ist jedoch nicht mehr rückgängig zu machen und es zeigen
32 sich aufgrund des niedrigen PH-Werts im Wasser und anderen Rückständen aus der
33 Abbauzeit viele Probleme beim Umgang mit den zerstörten Landschaften. Doch nicht
34 nur der Abbau sondern auch die Braunkohleverstromung hat katastrophale
35 Folgen. 33,5 Millionen Tonnen CO² werden täglich auf der Welt ausgestoßen. Die
36 Polkappen schmelzen immer rasanter, der Meeresspiegel steigt. Die
37 Industriestaaten sind mit ihrem rücksichtslosen, auf möglichst viel Wachstum

38 ausgelegten Wirtschaften für den Klimawandel verantwortlich. Das empfindliche
39 Ökosystem der Erde ist schon heute gestört. Spezialisierte Flora und Fauna in
40 den Thundren oder den großen Riffen dieser Welt droht schneller Auszusterben,
41 als unser Jahrhundert vorbei ist. Klimaflucht, ob ausgelöst durch die
42 tatsächliche Vernichtung des Lebensraums, wie beispielsweise auf den
43 polynesischen Inseln, oder durch Bürgerkriege, die auf Ressourcenknappheit
44 zurückzuführen sind, ist längst Realität. Wir wollen nicht zulassen, dass der
45 Klimawandel unsere Welt zerstört!

46 Deshalb sagen wir laut und deutlich: KEEP IT IN THE GROUND! Kohleverstromung ist
47 eine längst veraltete Form der Energiegewinnung, die zudem auch noch höchst
48 ineffizient ist. Statt schmutziger Kohleverpestung wollen wir eine dezentrale
49 und bürger*innennahe Energiewende anstoßen. Wir wollen Kommunen und
50 Gemeinschaften ermutigen, vor Ort ihr eigenes Windrad oder das Dach der
51 örtlichen Schule mit einem Solarpanel zu bestücken. Dafür braucht es Förderung
52 und auch die Zusage einer langfristigen Einspeisegarantie. Wir wollen eine
53 Energiewende, die umweltverträglich gestaltet wird. Besonders in geschützten
54 Gebieten müssen Risiken für die Biotope genau analysiert und sorgfältig
55 abgewogen werden. Zudem wollen wir vor allem in den Gebieten, in denen durch das
56 Ende der Kohle viele Arbeitsplätze wegfallen, vermehrt auf den Ausbau von
57 erneuerbaren Energien setzen und den Menschen von vor Ort eine Perspektive
58 geben. Denn klar ist: Eine echte Energiewende schaffen wir nur zusammen.

59 Grüne Mobilität für Alle – ökologisch und sozial

60 Wir setzen uns für eine moderne, nachhaltige und sozial gerechte
61 Mobilitätspolitik ein. Gehen und Radfahren sind die ökologisch nachhaltigsten
62 Fortbewegungsarten und müssen künftig mehr Aufmerksamkeit erhalten als bisher.
63 Insbesondere der ländliche Raum muss stärker vernetzt und an die Städte
64 angebunden werden, beispielsweise durch die Errichtung von Fahrradwegen an allen
65 Bundes- und Staatsstraßen sowie an stark frequentierten überörtlichen
66 Verkehrswegen. So kann das Fahrrad auch für den überörtlichen und regionalen
67 Verkehr ein attraktives Fortbewegungsmittel werden. Wir fordern eine progressive
68 Fuß- und Radverkehrspolitik. Statt weiteren Einschnitten und
69 Streckenstilllegungen fordern wir einen Ausbau des Schienennetzes sowie des
70 Öffentlichen Personennahverkehrs mit einer solidarischen Finanzierung. Wir
71 wollen die ländlichen Räume nicht allein lassen, sondern sie endlich wieder an
72 das Verkehrsnetz anbinden. Wir wollen weg von der autozentrierten
73 Verkehrspolitik und hin zu einer ökologischen und sozialen Mobilität für alle.

74 Ein starker Umweltschutz – heute für morgen

75 Unsere Zukunft von morgen beginnt mit unserem Handeln von heute. Diese
76 Erkenntnis muss das politische Wirken künftiger Bundes- und Staatsregierungen
77 bestimmen. Umweltschutz ist für uns als GRÜNE JUGEND ein fundamentales Anliegen.
78 Wir fordern einen konsequenten Umweltschutz – ob in der Stadt oder auf dem Land.
79 Der Stopp der Flächenversiegelung und ein ökologisch verträglicher
80 Hochwasserschutz gehören ebenso dazu wie der Schutz von Wäldern und Bäumen vor
81 unüberlegter Abholzung. Von besonderer Bedeutung ist dabei der materielle
82 Umweltschutz. Der Luftverschmutzung – gerade in den großen Städten Leipzig,
83 Dresden und Chemnitz ein Problem – muss entschieden entgegen gewirkt werden.

84 Dafür ist ein beschleunigter Ausstieg aus der Kohleverstromung ebenso notwendig
85 wie die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sowie die Aufforstung
86 sächsischer und bundesdeutscher Wälder. Die Bedeutung des Schutzes von Flüssen,
87 Seen und Grundwasservorräten muss endlich eine stärkere Beachtung in Politik und
88 Gesellschaft finden. Wir wollen die Verunreinigung von Böden und Gewässern durch
89 Chemikalien, die besonders in der Landwirtschaft Einsatz finden erheblich
90 reduzieren und fordern ein Verbot der Aufbringung von Herbiziden und Pestiziden,
91 insbesondere von solchen, die im Verdacht stehen, hochgradig krebserregend zu
92 sein (z.B. Glyphosat). Der zunehmenden Nitratbelastung sächsischer Böden muss
93 durch die Verminderung des Gülleauftrags entgegengewirkt werden. Die Aufforstung
94 von Wäldern und die Erhaltung und Erneuerung von Baumgrenzen um Felder schützen
95 vor massiver Bodenerosion. Insbesondere die SPD muss sich in diesem Bereich
96 deutlich bewegen.

97 Tierschutz stärken!

98 Tierschutz muss gestärkt werden. Die staatliche Aufgabe Tierschutz ist bereits
99 im Grundgesetz verankert. Wir wollen nun Defizite bei der Umsetzung von
100 geltendem Recht zu Lasten der Tiere beheben. Da Tiere nicht für sich selbst
101 sprechen können, müssen wir es uns zur Aufgabe machen, Stimme derer zu sein, die
102 keine Stimme haben. Jedes Jahr werden in Deutschland mehrere Millionen Tiere
103 getötet. Jede*r Deutsche isst jährlich bis zu 60kg Fleisch. Dieser enorme
104 Fleischkonsum birgt sehr viele Gefahren und Risiken, nicht nur für die
105 menschliche Gesundheit. Der hohe Konsum hat eine Massentierhaltung zur Folge,
106 die keine Rücksicht auf die Bedürfnisse von Tieren, die Umwelt und den Menschen
107 nimmt. Billiges Fleisch nimmt millionenfaches Tierleid in der Massentierhaltung
108 in Kauf. Dabei prägen unsere Konsumentscheidungen die Welt. Tiere an
109 Haltungssysteme anzupassen, in denen Schweinen ohne Betäubung der Ringelschwanz
110 und Hühnern qualvoll die Schnabelspitze entfernt werden, muss umgehend gestoppt
111 werden. Wir müssen endlich aufhören, Tiere auf engstem Raum zusammenzupferchen.
112 Wir als GRÜNE JUGEND fordern, Tiere endlich als Mitlebewesen anzuerkennen und
113 ihre Bedürfnisse zu achten. Wir fordern den umgehenden Ausstieg und den Stop der
114 Subventionierung der Massentierhaltung, um Tiere und Lebensräume konsequent zu
115 schützen.

116 Weiterhin fordern wir, dass nur noch Zirkusbetriebe ohne Tieraufreten dürfen.
117 Das Mitführen von Tieren im Zirkus zu Schau- und Dressurzwecken wird längst
118 nicht nur von Tierschützer*innen kritisiert. In mehreren Ländern wie Österreich,
119 Schweiz oder Ungarn sind Wildtiere in Zirkusbetrieben bereits ganz oder
120 teilweise verboten. Die Haltungsbedingungen für Wildtiere sind anspruchsvoll und
121 sehr vielfältig. Die Voraussetzungen für eine artgerechte Haltung können in
122 keinem Fall eingehalten werden. Viele Menschen erfreuen sich der
123 Zurschaustellung von Künstler*innen, Akrobat*innen und Clowns. Dass hierfür
124 Tiere zur Schau gestellt und unter beengten und nicht artgerechten Bedingungen
125 leben müssen, ist ethisch nicht vertretbar. Wir fordern daher, das Mitführen von
126 Tieren in Zirkusbetrieben zu verbieten und Mindeststandards für die
127 Wildtierhaltung drastisch zu erhöhen.

128 Herzversagen, Knochenbrüche und Stürze stehen an der Tagesordnung auf
129 Pferderennbahnen. Hierbei wird systematisch gegen geltendes Tierschutzgesetz
130 verstoßen, denn es ist verboten Tieren Leistungen abzuverlangen, denen sie nicht
131 gewachsen sind. Das Wohl der Pferde steht oftmals nur im Hintergrund. Es gehört

132 zum Trainingsalltag die Tiere mit Peitschen, Scheuklappen, Ohrstöpseln und dem
133 Einsatz von Zungenbändern gefügig zu machen. Auch beim Einsatz und der Ausbildung
134 von Pferden zu polizeilichen Zwecken kommt es oft zu teilweise
135 lebensgefährlichen Unfällen für Mensch und Tier. Pferde sind von Natur aus
136 Fluchttiere. Über einen brennenden Busch zu springen, große Menschenansammlungen
137 und Knallgeräusche zu ertragen, sind Extremsituationen für die Tiere und setzen
138 sie unter extremen Stress. Um diese natürlichen Instinkte abzutrainieren werden
139 nicht selten äußerst gewaltsame Mittel eingesetzt. Auch bei bereits
140 ausgebildeten Pferden kann der natürliche Fluchtinstinkt nicht komplett
141 ausgeschlossen werden. So führen Einsätze der berittenen Polizei immer wieder zu
142 Unfällen, da die Pferde den Bedingungen nicht gewachsen sind und im Notfall
143 nicht kontrolliert werden können. Die Pferderennbahnen in Dresden und Leipzig
144 müssen geschlossen werden. Weiterhin fordern wir die Abschaffung der berittenen
145 Polizei.

146 Solidarisch für echte Gerechtigkeit kämpfen!

147 In Deutschland läuft vieles falsch. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft
148 immer weiter auseinander. Wir sind der Ansicht, dass eine solidarische
149 Gesellschaft davon lebt, dass alle das geben, was sie können. Menschen die
150 vermöglicher sind, müssen ihren Teil zum Funktionieren einer Gesamtgesellschaft
151 beitragen. Solidarität bedeutet auch Verteilungsgerechtigkeit. Deshalb setzen
152 wir uns für die Einführung einer Vermögenssteuer ein und einer Erbschaftsteuer,
153 die diesen Namen verdient. Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit. Insbesondere
154 von Frauen* ausgeübte Berufe müssen aufgewertet werden. Sie arbeiten
155 überdurchschnittlich oft im Niedriglohnsektor und haben so später oft nur eine
156 geringe oder gar nicht ausreichende Rente. Das Ehegattensplitting befördert
157 tradierte Rollenbilder. Es kann nicht sein, dass es eine staatliche Förderung
158 auf eine bestimmte Form der Lebensplanung gibt. Das Ehegattensplitting gehört
159 daher so schnell wie möglich abgeschafft. Wir setzen uns für ein solidarisches
160 Rentensystem ein,

161 Ausbeutung stoppen! Für faire Arbeitsbedingungen auch in
162 Sachsen

163 Sachsen ist das wirtschaftlich erfolgreichste Bundesland im Osten Deutschlands.
164 Hier haben sich mehr Unternehmen als im Rest der ehemaligen DDR angesiedelt.
165 Doch das verhältnismäßig hohe Wachstum haben wir in Sachsen auch durch einen
166 extrem großen Niedriglohnsektor, weit verbreitete Leiharbeit und die Ausbeutung
167 vor allem auch in der Care-Arbeit bezahlt. Dies trägt dazu bei, dass auch in
168 Sachsen das Lohnniveau noch immer unter dem der alten Bundesländer liegt. Viele
169 Menschen können ihren Lebensunterhalt durch einen Job allein nicht mehr sichern.
170 Die harten Arbeitsmarktbedingungen und eine nicht selbstverständliche
171 Gewerkschaftskultur bringen das Verhältnis von Arbeitnehmenden und
172 Arbeitgebenden in eine ungleich gewichtete Lage. Gerade linke Politik hat die
173 Aufgabe, sich für die sozialen Belange von Arbeiter*innen einzusetzen. Wir
174 wollen daher nicht zulassen, dass Menschen sich weiterhin ausbeuten lassen
175 müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Jeder Mensch hat das Recht auf gute
176 Arbeit, aber ebenso das Recht, ohne Erwerbstätigkeit ein selbstbestimmtes Leben
177 ohne Diskriminierung führen zu können. Auch ehrenamtliche Arbeit hat einen

178 großen Wert für unsere Gesellschaft. Wir wollen, dass Care-Arbeit, also
179 Pflegeberufe oder die Arbeit als Erzieher*innen, besser honoriert wird.

180 Gemeinsam besser lernen! Für eine Bildungspolitik, die den
181 Namen verdient

182 Die Misere mit der Bildungspolitik hat in Sachsen eine lange Tradition. Wir
183 mögen in der PISA Studie gut abschneiden, doch an politischer Bildung und
184 Strukturen, in denen gemeinsam gut gelernt werden kann, fehlt es. Nirgendwo
185 besuchen so viele Kinder die Förderschule wie in Sachsen. Das ist ein
186 Armutszeugnis für dieses Schulsystem. Wir wollen eine Schule, in der alle Kinder
187 gemeinsam mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten lernen und auch voneinander
188 lernen können. Die Gemeinschaftsschule ist keine Utopie. Sie wird an vielen
189 Freien Schulen schon längst gelebt. Wir wollen eine differenzierte Betreuung der
190 Schüler*innen, statt eine Aussortierung nach der vierten Klasse. Das Gymnasium
191 wollen wir abschaffen. Wir wollen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention
192 endlich auch in Sachsen umgesetzt wird. Individuelle Betreuung braucht Zeit und
193 Personal. Jedoch herrscht durch den Altersanstieg und einer komplett verfehlten
194 Personalpolitik der Staatsregierungen der letzten 25 Jahre ein eklatanter
195 Lehrkräftemangel. Es gilt den Lehrer*innenberuf in Sachsen wieder beliebt zu
196 machen. Allerdings ist nicht nur eine Erhöhung der Lehrendenkapazitäten wichtig.
197 Insbesondere die Ausbildung im pädagogischen und sonderpädagogischen Bereich muss
198 stärker fokussiert werden, um alle Schüler*innen mitzunehmen.

199 Wir wollen eine bessere politische Bildung an sächsischen Schulen. Der
200 derzeitige Politikunterricht ist vor allem eines: Dröge und langweilig. Schule
201 ist nämlich politischer Raum. Wir setzen uns dafür ein, dass das Einladen von
202 verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Initiativen in Schulen keine
203 Ausnahme mehr bleibt. Diskussionen von Politiker*innen verschiedener Parteien vor
204 Ort in Schulen finden viel zu selten statt. Aktuell sind Hochschulen in Sachsen
205 möglichst politikfreie Räume. Daher setzen wir uns auch an den Hochschulen für
206 mehr direkte Teilhabe der Studierenden und einen gelebten politischen Diskurs
207 ein.

208 Du hast die Wahl!

209 Und wir fordern die Einführung des Wahlrechts ab 14 auf Bundes- und Landesebene.
210 Das Argument, dass Menschen erst mit 18 Jahren fähig wären, ihre
211 Wahlentscheidung vollends zu umfassen, ist längst nicht mehr zeitgemäß. Junge
212 Menschen müssen heute unglaublich viele schwierige Entscheidungen treffen, bevor
213 sie volljährig werden, manchmal sogar bereits die Wahl des Studiengangs. Wir sind
214 uns im Klaren, dass Altersbeschränkungen immer willkürlich sind und nie der
215 Entwicklungsstufe des Einzelnen gerecht werden können. Mit dem 14. Lebensjahr
216 haben die Schüler*innen jedoch gerade das Wissen über die Funktionsweise unserer
217 parlamentarischen Demokratie erlernt. Wir glauben, Beteiligung ist der beste
218 Weg, um für Demokratie zu begeistern. Denn die Stimme jede*r Einzelnen zählt.

219 Beteiligung stärken!

220 Wir erleben aktuell eine Unzufriedenheit mit dem parlamentarischen System in
221 seiner jetzigen Ausprägung. Dabei ist es keineswegs so, dass sich Menschen nicht

222 mehr für Politik begeistern. Gerade die Jugend in Deutschland und Europa ist so
223 politisch, wie lange nicht mehr. Dass sie ihr Engagement jedoch vor allem
224 außerhalb des parlamentarischen Systems einsetzen, muss uns auffordern, über
225 neue Wege von Beteiligung und über Veränderung zu diskutieren. Auch die
226 Verbindungen zu Bewegungen und Zivilgesellschaft müssen wir immer wieder neu
227 knüpfen. Es ist wichtig, mehr Mitbestimmungsrechte gerade vor Ort zu fördern und
228 echte Beteiligung nicht als notwendiges Übel, sondern als bereicherndes Element
229 zu begreifen. Nur so schaffen wir die Motivation für das Mitwirken an einer
230 lebendigen Demokratie.

231 Für eine weltoffene Gesellschaft streiten!

232 Für die Stärkung der Bürger*innenrechte – Überwachung
233 stoppen!

234 Wir wollen die Privatsphäre der Menschen schützen. Denn Datenschutz ist
235 Bürger*innenrecht. Die wachsende Angst vor terroristischen Anschlägen führt
236 immer wieder zu Forderungen nach einer massiven Ausweitung von Überwachung, wie
237 der Vorratsdatenspeicherung oder einem verstärkten Zugriff auf die Online-Daten
238 von Privatpersonen. Dabei wurde jedoch immer wieder deutlich, dass es keineswegs
239 am Zugang zu Daten fehlt. Gerade mit Blick auf den NSU kommt mensch vielmehr zu
240 dem Schluss, dass die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz an der
241 Intransparenz des Verfassungsschutzes gescheitert ist. Der Verfassungsschutz hat
242 mit seiner V-Leute-Praxis bisher nicht zur Aufklärung von Straftaten
243 beigetragen. Vielmehr war die Terrorzelle des NSU jahrelang von V-Leuten
244 umstellt, ohne dass sie bei ihrem Morden gestoppt worden wäre. Gleichzeitig
245 werden antifaschistische Strukturen als vermeintlich „linksextrem“ willkürlich
246 überwacht. Wir wollen die Sicherheitsbehörden unter eine verbesserte
247 parlamentarische Kontrolle stellen. Wir fordern die Abschaffung der V-Leute
248 Praxis und die Auflösung des Verfassungsschutzes in seiner jetzigen Form sowie
249 eine generelle Neustrukturierung der Sicherheitsarchitektur in Sachsen und
250 Deutschland. Wir werden die Freiheit nicht einer maßlosen Überwachung
251 opfern. Zudem erleben wir gerade in Sachsen eine massive Kriminalisierung von
252 antirassistischem Protest durch Polizei und Versammlungsbehörde und teils
253 heftige Polizeigewalt auf Demonstrationen. Wir fordern eine verstärkte Ahndung
254 von Polizeigewalt und eine verbesserte Fehlerkultur innerhalb der Polizei. Zudem
255 fordern wir eine Verstärkung der demokratischen Bildung in der
256 Polizeiausbildung.

257 Nationalismus raus aus den Köpfen!

258 PEGIDA, deren zahlreiche Ableger und die AfD haben es geschafft, den
259 gesellschaftlichen Diskurs massiv nach rechts zu rücken. Die Aushöhlung des
260 Asylrechts wurde weiter voran getrieben, immer wieder wurde und wird betont,
261 dass Integration von Menschen, die hier leben wollten, eine Pflicht sei. Doch
262 was eigentlich gemeint ist, ist nicht Integration, sondern Assimilation. Von
263 Menschen, die zu uns kommen, wird verlangt, dass sie bessere Menschen sind, als
264 die, die hier geboren wurden. Anstatt Pluralität als Gewinn für die Gesellschaft
265 zu schätzen, wird die Einhaltung „unserer Werte“ eingefordert, obwohl nicht klar
266 ist, was diese Werte überhaupt sein sollen. Der Feminismus gehört, sieht mensch

267 sich die Zahl sexueller Belästigungen auf dem Oktoberfest an, sicher nicht dazu.
268 Dass Nationalismus schon immer gerade in Krisenzeiten Fuß fassen konnte, ist
269 keine neue Erkenntnis. Die Schnelligkeit und Arglosigkeit, mit der im Moment
270 Ideologien der Ungleichwertigkeit wieder Fuß fassen, muss uns jedoch tief
271 beunruhigen. Es ist klar: Wir streiten für eine progressivere Gesellschaft, die
272 Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Geschlechts oder Überzeugungen
273 achtet. Wir ziehen dabei keine Grenzen zwischen Menschen, die seit längerem hier
274 leben, und denen, die neu hierher kommen. Gerade, dass wir unterschiedliche
275 Ziele und Vorstellungen vom Leben haben, macht die Stärke unserer pluralen
276 Gesellschaft aus. Ob ein Mensch Mitglied unserer Gesellschaft ist, bestimmt
277 nicht seine Vorliebe für Bier und Leberwurst. Wir stellen uns denen konsequent
278 entgegen, die in der Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit eine
279 Lösung für gesellschaftliche Probleme sehen.

280 Für eine Welt ohne Grenzen!

281 Deutschland stellt mit dem Erstarren der AfD als konstante Kraft rechts der CDU
282 keinen Einzelfall dar, sondern folgt einem europaweiten Trend. Die Finanzkrise
283 und der stetig wachsende Unterschied zwischen den finanzstärkeren und
284 finanzschwächeren Ländern in der Europäischen Union sowie das harte Spardiktat,
285 das vor allem von Deutschland durchgesetzt wurde, hat auch den Nährboden für
286 eine breite Unzufriedenheit bereitet. Es ist klar, dass wir eine andere Politik
287 in Europa brauchen, die sich durch mehr Solidarität, durch eine bessere
288 politische Legitimation und durch mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten
289 der EU Bürger*innen auszeichnet. Doch wo anfangen, wenn die Solidarität bei der
290 grundlegenden Gewährleistung von Menschenrechten scheitert? Mit den Konflikten
291 in Syrien und im Nahen Osten sind so viele Menschen wie lange nicht mehr
292 gezwungen, ihren Wohnort und sogar ihr Land zu verlassen. Dass Menschen auch in
293 Europa Schutz suchen würden, war keine Situation, die über Nacht über uns
294 hereinbrach. Die EU hat in ihrer humanitären Pflicht, Schutzsuchenden Asyl zu
295 gewähren, in ihrer Gesamtheit versagt. Statt die Rettungsaktion Mare Nostrum
296 auszuweiten, wurde der „Grenzschutz“ durch die Stärkung der Grenzschutzbehörde
297 Frontex erheblich ausgeweitet. Griechenland und Italien wurden mit der Ankunft
298 der Menschen allein gelassen, stattdessen sind sich die Staaten der EU nach den
299 langen und erfolglosen Verhandlungen von Verteilungsschlüsseln lediglich darüber
300 einig, wie wichtig der „Schutz unserer Grenzen“ sei -so einig, dass Deals mit
301 der Türkei geschlossen wurden und schon mal unter den Tisch fallen gelassen
302 wird, dass dieses Land schon längst keine Demokratie mehr ist. Wir fordern den
303 Stopp einer weiteren Abgrenzung Europas. Wenn dieses großartige Projekt gelingen
304 soll, können wir den Grundsatz der Solidarität und die Achtung der Genfer
305 Konventionen nicht einfach an seinen Toren aufgeben. Wir fordern die Aufhebung
306 der massiven Einschränkungen im Asylrecht (z.B. das Konstruktdes „Sicheren
307 Herkunftsstaaten“ sowie des Stopps des Familiennachzugs und der Residenzpflicht.

308 Warum jetzt?

309 Wir wollen mehr als nur den Status quo erhalten. Er ist Teil der Manifestierung
310 des Nationalismusproblems. So wie Menschen derzeit gegeneinander ausgespielt
311 werden, die Ungleichverteilung des Vermögens immer mehr zunimmt und unsere
312 Umwelt durch unsere Rücksichtslosigkeit weiter zerstört wird, kann es nicht

313 weitergehen. Wir werden die Veränderung nicht den reaktionären Kräften
314 überlassen. Wir wollen endlich etwas dafür tun, dass unsere Visionen von einer
315 weltoffenen, ökologischen und solidarischen Gesellschaft Wirklichkeit werden.
316 Das schaffen wir nur, indem wir die CDU endlich in die Opposition schicken und
317 gemeinsam mit der LINKEN und der SPD einen Wandel wagen. Mit der Vernetzung von
318 GRÜNE JUGEND, Jusos und Linksjugend wollen wir unseren Beitrag als
319 Jugendverbände zum Gelingen dieses Projekts beitragen.

320 Wir wollen viel. Fürs erste. Und darüber hinaus noch viel viel mehr. Wir haben
321 lange genug gewartet. Wir haben die Ideen und Vorstellungen und wir wissen wie
322 wir sie umsetzen wollen. Wir wollen einen echten Wechsel mit rot rot grün wagen
323 - jetzt!

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.